

AG Landschaftsrahmenplan
Dr. U.-V. Köck

DIE LINKE und die Europäische Metropolregion Halle/Leipzig

1. Das Metropolenkonzept - Grundlagen

Deutschland verfügt über ein historisch gewachsenes polyzentrisches Städtesystem. Konkurrierten bis Anfang der 90er Jahre die Städte untereinander nur im nationalen Rahmen, so verlagert sich Konkurrenz als Folge der Globalisierung zunehmend auf die europäische Ebene. Die Erweiterung der Europäischen Union nach Mittel- und Osteuropa leistet diesem Trend weiteren Vorschub: das neue Europa ist ein Europa der Regionen. Dem entsprechend wird im Europäischen Raumentwicklungskonzept (EUREK 1999) als Leitbild eine polyzentrische Struktur vorgegeben, in der Metropolregionen in einem Netzwerk von Wachstumspolen wichtige Funktionen zu übernehmen haben.

In Deutschland hat die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) erstmalig 1993 die Bedeutung von „Agglomerationen mit internationaler und großräumiger Ausstrahlung“ hervorgehoben und zwei Jahre später mit der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg sowie den Metropolregionen Hamburg, München, Stuttgart, Rhein-Main mit Frankfurt/ M. und Rhein-Ruhr die ersten sechs „Europäischen Metropolregionen in Deutschland“ benannt. 1997 wurde die Metropolregion Halle/Leipzig – Sachsen-dreieck nachnominiert. Der Status „Metropolregion“ hat in den Folgejahren die Raumplaner nicht nur der betreffenden Regionen sondern ganz Deutschlands beschäftigt. Im Ergebnis dessen beantragten weitere Regionen die Aufnahme in den Kreis der Metropolregionen, dem die MKRO dann 2005 auch für Bremen-Oldenburg, Hannover (mit Braunschweig und Göttingen), Nürnberg und Rhein-Neckar entsprach.

Entgegen der klassischen Definition der Metropole als politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Mittelpunkt eines Landes überwiegt in der aktuellen Sichtweise die ökonomische Funktion bzw. die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit. Für die internationale Wahrnehmung einer Metropolregion sind jedoch Flächengröße und Bevölkerungszahl weniger relevant, als ihre Funktionen. In Metropolregionen sind die Entscheidungs- und Kontrollzentralen von Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft konzentriert. Hier ballen sich Wissenschaft, Forschung und Wertschöpfung. Die Metropolregionen sind Knotenpunkte der internationalen Personenverkehrs-, Logistik- und Informationsströme. In der globalisierten Informationsökonomie und Wissensgesellschaft soll den Metropolräumen nach Meinung der führenden Raumwissenschaftler eine Schlüsselstellung für Wettbewerbsfähigkeit und Prosperität zufallen.

Das Metropolen-Konzept ist entwicklungsorientiert und normativ. In diesem Sinne erfährt es in den neuen Leitlinien der Raumordnungsminister seine bislang umfassendste politische Ausformung (siehe Anhang). Die Absicht ist klar erkennbar – knappe öffentliche Mittel und private Investitionen sollen in den Metropolen konzentriert werden. Das Leitmotiv der Leitlinien „Die Stärken stärken“ im Rücken, versuchen die Metropolen, die politische Rückendeckung in wirtschaftlichen Erfolg, in anhaltendes quantitatives Wachstum, umzusetzen.

Auf einer gemeinsamen Tagung von DASL, ARL und BBR konstatierte der Staatssekretär im Bauministerium, Lütke Daldrup, zunächst, dass mit den neuen Leitbildern die Raumordnung auf Bundesebene die früher gepflegte „Stadtfeindlichkeit“ abgelegt habe und die Rolle gerade der großen Städte für die Entwicklung des ganzen Bundesgebiets anerkenne und auch fördere. Es finde inzwischen eine Refokussierung der raumbezogenen Entwicklungspolitik auf die Städte statt, um sowohl ihre Motorenfunktion im Wachstumsprozess als auch ihre Ankerfunktion für ihr engeres und weiteres Umland zu stärken.

Zur Wahrnehmung der spezifischen Interessen gegenüber EU, Bund und Ländern bildeten die Metropolregionen im Jahre 2001 einen von den bestehenden kommunalen Spitzenverbänden unabhängigen „Initiativkreis Europäische Metropolregionen in Deutschland“ (IKM), der 2003 mit einem Aufgaben- und Forderungskatalog an die Öffentlichkeit trat, dem es an Klarheit nicht mangelt:

- ⇒ Die Politik aller Ebenen und Ressorts muss in zunehmendem Maße auf die Belange der Metropolregionen ausgerichtet werden.
- ⇒ Leistungsfähige Formen der regionalen Kooperation müssen politisch legitimiert und finanziell abgesichert sein.
- ⇒ Die wichtigsten Aufgabenfelder der Metropolregionen betreffen die überörtliche Planung, die Bereitstellung von Infrastruktur und die regionale Wirtschaftsförderung.
- ⇒ Die Metropolregionen müssen auf nationaler und internationaler Ebene verstärkt kooperieren, um ihre Effizienz weiter zu steigern und ihre gemeinsamen Interessen zu vertreten.
- ⇒ Jede Metropolregion muss ihr spezifisches Standortprofil konsequent herausarbeiten.
- ⇒ Die Metropolregionen müssen eine Arbeits- und Aufgabenteilung anstreben.
- ⇒ Die Metropolregionen müssen eine regionale Identität schaffen und die Mitwirkung der Bürgerschaft fördern.
- ⇒ Die deutschen Metropolregionen müssen ihre Europa-bezogenen Aktivitäten verstärken und miteinander abstimmen.

Unter den übrigen Regionen regt sich zunehmender Unwillen und Widerstand. So haben sich die in der Arbeitsgemeinschaft Periphere Regionen des Deutschen Landkreistages zusammengeschlossenen Landkreise und Städte im Frühjahr dieses Jahres gegen eine einseitige europäische und deutsche Raumordnungspolitik zu Gunsten der Metropolen ausgesprochen. DIE LINKE in Brandenburg sieht ebenfalls die große Gefahr der Vernachlässigung der ländlichen, insbesondere der peripheren, Regionen. „Ein gemeinsames Land in Gestalt einer Metropolregion um Berlin, wie es die Landesregierung favorisiert, wird es mit uns nicht geben... Ein Zusammenschluss kann nur als »Verbund der Regionen« funktionieren, an dem alle Partner auf gleicher Augenhöhe politisch teilhaben. Dazu sind wirksame Interessenvertretungen der Teilregionen erforderlich,“ heißt es in dem Zukunftskonzept „Unsere Heimat ...“

Doch auch wenn führende Vertreter der Akademie für Raumforschung und Landesplanung und die Spitzen des Bundesamtes für Bauwesen (BBB) und des Bundesbauministeriums die angeblich unberechtigten Zweifel zu zerstreuen suchen, der Strom der Fördermittel dürfte zukünftig verstärkt in die Metropolregionen gelenkt werden. Der Übergang von einer Nachteile strukturschwacher Räume ausgleichenden und über den Einsatz der Fördermittel vollzogenen Raumentwicklung hin zu einer selektiven regionalen Wachstums- und Innovationspolitik ist expressis verbis gerade das Markenzeichen der neuen Leitlinien der MKRO.

Die Metropolen sind aufgefordert, unter dem Stichwort Regionale Governance die verschiedenen Akteure innerhalb der Metropolregion zu beteiligen und zu vernetzen sowie die angrenzenden Regionen, insbesondere ländlich strukturierte und periphere Räume, in geeigneter Weise einzubeziehen. Dies geschieht teilweise im Rahmen bereits etablierter Formen, wie den Stadt-Umland-Verbänden (Stuttgart, Frankfurt) bzw. der Region Hannover oder in regionalkreisähnlichen Strukturen wie in der Metropolregion Nürnberg. Patent- oder Modelllösungen gibt es allerdings nicht, da die Rahmenbedingungen und Herausforderungen in jeder Monopolregion anders gelagert sind: Ländergrenzen müssen überwunden, polyzentrale Strukturen beachtet oder monozentral strukturierte Räume optimal organisiert werden.

2. Genesis der Metropolregion Halle/Leipzig

Nachfolgende Chronologie gibt einen Überblick über die Konstituierung der mitteldeutschen Metropolregion¹.

- | | |
|-----------|--|
| 1993 | Staatsvertrag zwischen Sachsen und Sachsen-Anhalt über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Landesplanung |
| 1994 | Ausweisung der räumlichen Verflechtung der Oberzentren Dresden, Halle/Leipzig, und Chemnitz-Zwickau als Europäische Cityregion im Landesentwicklungsplan des Freistaates Sachsen. |
| 1997 | Anerkennung als „Europäische Metropolregion Halle/Leipzig-Sachsendreieck“ durch die MKRO |
| 1997 | Staatsvertrag zwischen Sachsen und Thüringen über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Landesplanung |
| 1998 | Ausweisung als Ziel der Landesentwicklung im Landesentwicklungsplan (LEP) des Landes Sachsen-Anhalt: „ ... Der Ordnungsraum Halle aggregiert mit dem unmittelbar angrenzenden Verdichtungsraum Leipzig zu einer Metropolregion mit europäischer Bedeutung...“ |
| 2002 | Gründung der Arbeitsgruppe (AG) „Metropolregion Halle/Leipzig – Sachsendreieck“ durch Vertreter des Sächsischen Staatsministeriums des Inneren sowie der Städte Chemnitz, Dresden, Leipzig und Zwickau. |
| 2002 | Beginn der Mitwirkung im Initiativkreis der Metropolregionen |
| 2004 | Beginn der Mitarbeit der Stadt Halle und des Landes Sachsen-Anhalt in der AG |
| III/2005 | Vorlage eines Handlungskonzeptes der Metropolregion |
| IV/2005 | Die Ministerpräsidenten der drei Länder befürworten die Einbeziehung weiterer Städte in die Metropolregion sowie im Rahmen der „Initiative Mitteldeutschland“ |
| IV/2005 | Beschluss der 32. MKRO: „Das Konzept der Metropolregion ist u.a. für den Wirtschaftsraum „Mitteldeutschland“ eine besondere Chance, sich im europäischen Wettbewerb zu positionieren. Dazu sollten die Thüringer Städtereihe und die Oberzentren des Landes Sachsen-Anhalt in die Entwicklung der Metropolregion Halle/ Leipzig – Sachsendreieck einbezogen werden.“ |
| VIII/2005 | gemeinsame Erklärung der Oberbürgermeister der fünf Zentren zum Sachsendreieck und Schaffung einer Organisationsstruktur (u.a. Bildung von Arbeitsgruppen für Wissenschaft & Wirtschaft, Verkehr, Marketing und Tourismus und Kultur) |

¹ Diese Bezeichnung wird immer dann gewählt, wenn eine neutrale Sichtweise gefordert ist.

Die Drei-Länder-Konstellation erweist sich in mehrfacher Hinsicht als nachteilig². Insbesondere und die große Ungewichtigkeit von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen an der Metropolregion führt zu einem deutlichen sächsischen Übergewicht³. So ist selbst in vom Initiativkreis herausgegebenem PR-Material nur noch von der „Metropolregion Sachsendreieck“ die Rede. Nicht gerade einladend wirken der höhere bürokratische Aufwand, die differierende gesetzliche und untergesetzliche Regelungen sowie eine aufgesplitterte Fördermittelkulisse.

In Sachsen sah bereits der erste sächsische Landesentwicklungsplan in der Schaffung einer „Cityregion“ (Dresden, Leipzig, Chemnitz/Zwickau) einen optimalen Weg, um wirtschaftlichen Aufschwung in allen Gebieten zu erreichen. Gleichzeitig sollte das Sachsendreieck mit den peripheren Räumen des Freistaates sowie mit benachbarten nationalen und internationalen Verdichtungsräumen verflochten werden. Insgesamt orientiert sich die Regierung für Landesentwicklung auf das Leitbild eines „attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraumes in einem zusammenwachsenden Europa“. Sachsen solle zu einer „führenden Region in der Mitte Europas“ (LEP 2003, Entwurf) werden.

Während z.B. die Region Nürnberg nach jahrelangem Ringen die Aufnahme in den Kreis der Metropolregionen euphorisch feierte und sofort elanvoll durchstartete, erweist sich die Metropolregion in Sachsen-Anhalt für alle Ebenen der Landesplanung⁴, die Kommunen⁵ und das Land, selbst für die IHK⁶ noch immer als Kopfgeburt. Ohne in Sachsen-Anhalt auch nur im Geringsten reflektiert worden zu sein, hat z.B. eine räumliche Erweiterung zur Metropolregion Halle/Leipzig – Sachsendreieck stattgefunden.

Anstatt den Blick auf die Anforderungen einer zukünftigen Metropolregion zu richten, verlieren sich Kommunal- und Landespolitik im Raum Halle seit 15 Jahren in aufreibenden Grabenkämpfen wegen der ungelösten Stadt-Umland-Beziehungen.

Die Position der Landesregierung umriss der für Raumordnung zuständige Minister, Herr Dr. Daehre, in einem unlängst der IHK Magdeburg gewährten Interview wie folgt: Die Metropolregion wird als historische Chance gesehen, um an den künftig stärker in diese Richtung fließenden Fördermitteln partizipieren zu können. Mit Blick auf die Stadt-Umland-Probleme bedarf es „Koalitionen für Wachstum“, Oberzentren und ländlicher Raum müssten jegliches Kirchturmdenken aufgeben. Zusammenarbeit etwa beim Regionalmarketing, der Wirtschaftsförderung sowie der Stärkung regionaler Schwerpunktbranchen seien angesagt. Die Metropolregion müsste nach außen geschlossen auftreten und in Berlin und Brüssel offensiv Lobbyarbeit betreiben. Dabei müssten die Städte Sachsen-Anhalts aktiv mitspielen. Die Landesregierung will dafür optimale Bedingungen schaffen. Minister Daehre plädiert abschließend für eine Umbenennung in Metropolregion Mitteldeutschland.“

Die CDU-Landtagsfraktionen der drei Länder haben sich auf einer gemeinsamen Klausur Anfang September 2007 ebenfalls für eine rein flächenmäßige Erweiterung der Metropolregion unter Einbeziehung der „Region Magdeburg – Dessau/Roßlau“ unter Beibehaltung der gegenwärtigen Verwaltungsstrukturen ausgesprochen.

Bezeichnenderweise hat die SPD des Burgenlandkreises aus Sorge vor einer drohenden Peripherisierung im Rahmen von drei hochkarätigen Veranstaltungen (u.a. Staatssekretär Kasparick, Minister Bullerjahn, Fraktionsvorsitzende Budde; OB a.D. Lehmann-Grube, OB Jena) im ersten Halbjahr 2007 ihre Position zur Metropolregion bestimmt. Die Saale-Unstrut-Region sieht in einer Erweiterung um die Thüringische Städteachse Jena – Erfurt für sich die besten Chancen. Gegen eine solche Erweiterung hat überraschenderweise nur der OB der Stadt Jena plädiert.

² Ebenfalls die Metropolregionen Rhein-Neckar und Frankfurt/ Rhein-Main erstrecken sich über drei Bundesländer.

³ In Thüringen spielt die Metropolregion auf regional- und landesplanerischer Ebene praktisch keine Rolle. Im LEP

⁴ Im Regionalen Entwicklungsplan der Planungsregion Halle findet sich neben der nachrichtlichen Übernahme des Ziels aus dem LEP nur das durch nicht weiter untersetzte Leitbild: „Die Planungsregion Halle soll zu einem dynamischen Bestandteil der europäischen Metropolregion „Stadtregion Halle/Leipzig-Sachsendreieck“ ...entwickelt werden.“

⁵ In der im Frühjahr 2007 durchgeführte Regionalkonferenz fiel der Terminus „Metropolregion“ kein einziges Mal.

⁶ Gespräch anlässlich der Kommunaltour der Landtagsfraktion am 10.10.2007.

3. Standpunkt der LINKEN zur Metropolregion Halle/Leipzig

DIE LINKE steht dem Konzept einer mitteldeutschen Metropolregion zumindest nicht schroff ablehnend gegenüber⁷, hat aber in der Vergangenheit stärker auf einen administrativ einheitlichen Mitteldeutschen Raum fokussiert und die Auseinandersetzung mit der von den drei CDU-Ministerpräsidenten ins Leben gerufenen „Mitteldeutschlandinitiative“ gesucht. DIE LINKE Sachsen-Anhalts hat allerdings expressis verbis ihr Konzept des Regionalkreises Halle-Merseburg als einen entscheidenden Beitrag für die Herausbildung der Metropolregion angesehen.

Im Rahmen eines von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen im Juni 2005 veranstalteten Workshops mit dem Titel „Leipzig 2020. Europäische Metropole oder mitteldeutsche Provinzperle? – alternative Visionen“ stieß ein von der Verwaltungsspitze der Stadt favorisiertes Szenario, Leipzig wieder den Rang einer Großstadt mit europäischer Geltung zu verschaffen, auf starke Vorbehalte. Angesichts der realen Entwicklungstrends gehe ein derartiges Zukunftsprojekt an den realen Entwicklungsmöglichkeiten vorbei. In Auswertung der Enquetekommission „Demografische Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Lebensbereiche der Menschen im Freistaat Sachsen sowie ihre Folgen für die politischen Handlungsfelder“ kam aus den Reihen der Landtagsfraktion sogar der Vorschlag, das Ziel der Entwicklung des „Sachsendreiecks“ zu einer bedeutsamen europäischen Wirtschafts- und Technologieregion (Europäischen Metropolregion) auf lange Sicht zurückzustellen und durch die eigenständige Entwicklung der Oberzentren Dresden, Chemnitz/Zwickau und Leipzig, letzteres im Verbund mit Halle, als über Gemeindegrenzen ausgedehnte städtisch geprägte Regionen zu ersetzen.

Unabhängig von der Metropolproblematik sieht DIE LINKE für sich selbst aus der Drei-Länder-Konstellation heraus Abstimmungsbedarf zwischen den Landesverbänden. Die mit der Altenburger Konferenz 2003 begonnene länderübergreifende Abstimmung zwischen den Landesverbänden und den regionalen Untergliederungen der Partei ist jedoch nicht aus den Startlöchern herausgekommen.⁸

⁷ Siehe ALEKSA 2002 für Sachsen oder die unter Tolerierungsbedingungen entstandene Aussage im LEP Sachsen-Anhalts

⁸ „...Unter diesen Voraussetzungen steht die PDS ... vor der Aufgabe, eine konsequent auf Flächenrecycling und geringsten Flächenverbrauch Raumordnungspolitik zu vertreten. Es müsste anknüpfend an das Regionenmarketing und den MDV eine auf Kooperation und nicht auf Konkurrenz, zumindest jedoch auf fairer Basis beruhende Entwicklung der Region angeschoben werden. Es könnten z.B. auch allmählich in Vergessenheit geratene gemeinsame Projekte wie die Regionale Innovationsstrategie (RIS) erneuert werden. In diesem Zusammenhang ist die Arbeit der Regierungskommission Halle – Leipzig kritisch zu hinterfragen. Kann diese durch andere Gremien ersetzt werden?“

Es sollte die Aufstellung eines gemeinsamen Regionalen Entwicklungsplanes geprüft werden, in dem die Landesentwicklungspläne und Regionalpläne abgestimmt werden und in einem Verfahren zur Verbindlichkeit geführt werden. Damit könnten z.B. konkurrierende Planungen auf der Grünen Wiese ausgeschlossen werden.

Ein regionaler Vorteils-Lasten-Ausgleich bzw. Finanzausgleich sollte angeregt werden, damit nicht jedes Dorf ein riesiges Gewerbegebiet ausweisen muss

Die PDS muss sich mit der Problematik der Zentralen Orte befassen. Der Trend geht dahin, bestimmte Funktionen einer zentralörtlichen Hierarchie im Raum optimal anzuordnen. Der ländliche Raum zwischen den Oberzentren darf nicht vergessen werden.

Als ebenso bedeutsam ist die länderübergreifende Optimierung von Verkehrswegen und Verkehren. Der für den Stadtbau geprägte Begriff der Entwicklung durch Schrumpfung gilt jedenfalls nicht für den Verkehrsbereich. Das Kreuz Rippachtal ist das Paradebeispiel für „flächensparenden“ Verkehrswegebau. Hier bedarf dringender Abstimmungen. Dies gilt sowohl für die Straße und die Schiene. Das Verhältnis Flughafen Leipzig/Halle und Altenburg ist zu bestimmen.

Die Naturschutz- und Grünplanung ist am Kohärenzprinzip analog des Natura 2000-Konzeptes oder dem Vorbild des Leipziger Grünen Ringes zu orientieren. Die alles verbindenden Flußauen sind nicht zuletzt unter dem Aspekt des Hochwasserschutzes zum Rückgrad dieses Systems zu machen.“

4. LINKE's Konzept für eine zukunftsfähige Metropolregion

Die PDS in Sachsen-Anhalt hat als Tolerierungspartner der SPD aktiv an der Aufstellung des Landesentwicklungsplanes (LEP) mitgewirkt und hat 1998 u.a. als Ziel der Landesentwicklung die Entwicklung des Raumes Halle/ Leipzig zu einer Metropolregion mit europäischer Bedeutung mit beschlossen. Die politische Forderung nach einem Rückzug würde den Verlust jeglicher Gestaltungsmöglichkeiten bedeuten. Deshalb wird folgender Vorschlag für ein Leitbild der LINKEN unterbreitet.

„Das Konzept der Metropolregion Halle/Leipzig wird auf seinen Ursprung zurückgeführt. Danach besteht die „Metropolregion Halle/ Leipzig“ aus einer territorial auf den gemeinsamen Verdichtungsraum der Städte Leipzig und Halle eingegrenzte Innere Metropolregion. Diese „Kernregion“ wird von einer territorial offenen und in Raum und Zeit dynamischen „Äußeren Metropolregion“ umgeben. Diese schließt gegenwärtig die Verdichtungsräume um die bzw. die Oberzentren Dresden, Chemnitz/ Zwickau, Jena, Erfurt, Magdeburg und Dessau/Roßlau ein. Es sind bei Entwicklung entsprechender Verflechtungen sowohl Erweiterungen, gleichwohl aber auch eine Schrumpfung möglich. Es ist gut vorstellbar, dass Dresden (mit Meißen und Pirna) den Status einer eigenen Metropolregion zugebilligt bekommen könnte.

Zwischen der Kernregion und bedeutenden Innovationszentren, Technologiestandorten oder Kultureinrichtungen der Äußeren Metropolregion bestehen enge Verflechtungen. Ein besonderes Merkmal der Metropolregion Halle/Leipzig sind auch vielfältige bilaterale und netzartige Verflechtungen zwischen den Oberzentren der Äußeren Metropolregion untereinander.

Der Kernbereich ist über Entwicklungskorridore mit den ansonsten selbständig agierenden Oberzentren der äußeren Metropolregion („Satelliten“) verbunden. Das Rückgrat der Entwicklungskorridore wird überwiegend von der höherwertigen Verkehrsinfrastruktur gebildet. Sie schließen den überwiegenden Teil der Mittelzentren der Metropolregion ein, die als „Ganglienknotten“ fungieren, d.h. wichtige Schaltstellen zwischen den ländlichen Räumen innerhalb der Metropolregion und den Oberzentren darstellen. Die sektoral dazwischen liegenden ländlichen Räume übernehmen mit ihren naturräumlichen Qualitäten eine wichtige Rolle vor allem als Tourismuszentren und runden so das metropolitane Spektrum ab.

Über die Entwicklungsachsen von der Kernregion zu den Oberzentren der äußeren Metropolregion erfolgt der Brückenschlag zu benachbarten Metropolregionen wie folgt

- über Dresden (mit Wurzen, Oschatz, Riesa als „Ganglienknotten“) zur Metropolregion Prag
- über Chemnitz/ Zwickau (mit Altenburg, Gera) zur Metropolregion Nürnberg (über Plauen)
- über die Thüringer Städteachse Jena/ Erfurt (mit Weißenfels, Naumburg, Zeitz, Altenburg, Apolda, Weimar, Eisenach) zur Metropolregion Frankfurt und zur Metropolregion Nürnberg (über Rudolstadt, Hof)
- über Dessau/ Roßlau (mit Delitzsch, Bitterfeld/ Wolfen) zur Hauptstadtregion Berlin
- über Magdeburg (mit Bernburg, Köthen, Schönebeck) zur Metropolregion Braunschweig-Hannover – Göttingen und zur Metropolregion Hamburg (mit Stendal, Salzwedel)
- zur Metropolregion Braunschweig-Hannover – Göttingen (über Eisleben, Sangerhausen, Nordhausen bzw. über Aschersleben, Staßfurt, Quedlinburg, Halberstadt, Wernigerode, Ilseburg)

Die ausgeprägt polyzentrische Struktur mit einer vergleichsweise nicht sehr dominanten Kernregion und starken, sich in den Entwicklungsachsen manifestierenden zentrifugalen Kräften sowie die Bedingungen eines Drei-Länder-Ecks bedürfen in besonderem Maße einer verlässlichen innerregionalen Governance und eines demokratischen und solidarischen Miteinanders. DIE LINKE sollte sich deshalb für die Etablierung eines sich an das Vorbild der Metropolregion Nürnberg anlehndes Governance-Modells stark machen.“

Begründung:

Nur die Konzentration auf einen kompakten Kern bietet die Chance, wenigstens einigen der für derartige Regionen geltenden Indikatoren (hochwertige globale Wirtschaftsfunktionen und Dienstleistungen, die ein hohes Einkommensniveau und eine gut entwickelte Infrastruktur ermöglichen...) näher zu kommen. Mit dem vorliegenden Konzept würde DIE LINKE über ein Gegenkonzept zum aktuellen Trend verfügen, der auf eine breiartig ausufernde und immer mehr verwässernde Metropolregion hi-

nausläuft, ohne innere Strukturierung bleibt und letztendlich den „Status“ Metropolregion in Frage stellt.

Gerade von der im Leitbild für essentiell erachteten hohen Qualität der regionalen Governance und Solidarität ist Mitteldeutschland noch meilenweit entfernt. Unter den bisher in den Metropolregionen entstandenen Governancestrukturen erscheint der Weg der Metropolregion Nürnberg als der geeignetste, weil demokratischste und partizipativste. Alle Ober- und Mittelzentren sowie die Landkreise (als Sachwalter der Interessen der ländlichen Räume) der Kernregion sind Träger der Metropolregion. Sie haben ihre gemeinsamen Ziele in der „Charta der Metropolregion Nürnberg“ fixiert und konstituierten einen „Rat der Europäischen Metropolregion Nürnberg zur Regional Governance“. Dessen Arbeitsgrundlage ist die „Geschäftsordnung der Europäischen Metropolregion Nürnberg“. Ihm kommt Budgetrecht zu.

Zur Mitarbeit in der Metropolregion sind alle Institutionen und gesellschaftliche Gruppen aufgerufen, die willens und in der Lage sind, zur Stärkung der Metropolregion Nürnberg auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet im nationalen, europäischen und globalen Wettbewerb beizutragen. Die Verstärkung und der Ausbau dieser Zusammenarbeit ist neben der Stärkung der verschiedenen Metropolfunktionen wichtig für die Akzeptanz der Metropolregion. Die Offenheit von Organisationsform und Partnerschaft fördert die Durchlässigkeit von Kern und Netz.

Ihre Arbeitsfelder hat die Metropolregion an Hand der Kriterien der Exzellenz, der internationalen Bedeutung und der Subsidiarität bestimmt und sie sieht Erfolgchancen nur im Falle einer aktiven und kontinuierlich verfassten Zusammenarbeit der Akteure aus Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Administration. Hierzu richtet die Metropolregion Nürnberg folgende Foren ein:

- ⇒ Forum Wirtschaft und Infrastruktur
 - ⇒ Forum Wissenschaft
 - ⇒ Forum Verkehr und Planung (u. a. mit dem Verkehrsverbund Großraum Nürnberg und einer Arbeitsgemeinschaft der beteiligten Planungsverbände)
 - ⇒ Forum Kultur und Sport
 - ⇒ Forum Tourismus
- sowie als Dienstleister für alle Foren
- ⇒ Service-Forum Marketing (u. a. mit dem Marketingverein Region Nürnberg e.V.)

Der Konzeptvorschlag sollte auf einer Regionalkonferenz der LINKEN – Vorschlag zeitiges Frühjahr 2008 Halle – vorgestellt und länderübergreifend diskutiert werden. Leitbild ist auch hier eine „solidarische Region“, wobei diese inhaltlich praktisch-konkret auszuformen ist. Dabei ist nach wie vor von einer demographischen Schrumpfung und Alterung der Durchschnittsbevölkerung auszugehen. Zu thematisieren sind

- ⇒ die Position zu einer Länderneugliederung
- ⇒ die Arbeit der Regierungskommission für Raumordnung
- ⇒ die Legitimität von Koordinierungsgremien
- ⇒ die Abstimmung der Flächennutzung und der Infrastrukturausstattung zum gegenseitigen Vorteil (Aufstellung eines gemeinsamen Teilgebietsentwicklungsplanes; gemeinsame Flächennutzungsplanung)
- ⇒ die Bestimmung der wechselseitigen Beiträge von Zentrum und Peripherie füreinander
- ⇒ Kommunale Zusammenarbeit